

Lernen im Ausnahmezustand

Die USA wollen im laufenden Jahr 65 Millionen US-Dollar einfrieren, die den Palästinensern zugutekommen sollten

VON JAN DIRK HERBERMANN
(GAZA CITY)

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen betreibt Schulen für Hunderttausende palästinensische Kinder und Jugendliche. Jetzt friert die Trump-Regierung Millionen Dollar für die Helfer ein.

Das Vibrieren in der Luft wird stärker, es erfüllt den ganzen Hof vor dem Schulgebäude. „Das sind israelische Militärdrohnen“, ruft Jamil Hamad, seine Augen suchen den Himmel über Gaza City ab. Hamad zeigt auf den Rand des weitläufigen Schulgeländes. „Dort schlug während des letzten Krieges im Jahr 2014 ein Geschoss ein“, erinnert sich der Direktor des Gaza Training Centre, einer Berufsschule in dem Palästinensergebiet. Bei dem israelischen Angriff wurden Schüler getötet und verletzt. Während Hamad zu einer Elektrowerkstatt für Lehrlinge eilt, sagt er mit ernster Miene. „Unsere Schüler und wir Lehrer fürchten immer, dass ein neuer Krieg ausbricht. Wir wollen Frieden.“ Die Drohne entfernt sich derweil. „Und wir wollen unseren Schulbetrieb weiterführen“, hofft der Direktor.

Doch eine Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump könnte die Berufsschule in Gaza City und viele andere Bildungseinrichtungen für palästinensische Kinder und Jugendliche empfindlich treffen. Die USA wollen im laufenden Jahr 65 Millionen US-Dollar einfrieren, die eigentlich dem UN-Hilfswerk für die Palästinenser (UNRWA) zugutekommen sollten. Mit der Aktion wollen die USA das UNRWA zu Reformen drängen, so lautet die Version des US-Außenministeriums. „Ich bin sehr besorgt“, reagiert der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres.

Falls der größte Geldgeber für UNRWA, die USA, die Gelder nicht freigeben, müsste das Hilfswerk lebenswichtige Dienstleistungen für die Palästinenser kürzen – oder einstellen. Das würde ein „sehr, sehr ernstes Problem schaffen“, warnt Guterres.

Eine der wichtigsten Aufgaben des UNRWA ist der Betrieb von Schulen. Das 1949 gegründete Hilfswerk unterhält 700 Bildungs-



Eine der wichtigsten Aufgaben des UNRWA ist der Betrieb von Schulen. Das 1949 gegründete Hilfswerk unterhält 700 Bildungseinrichtungen mit 525 000 Schülern in Jordanien, Libanon, Syrien, im Westjordanland und in Gaza. (FOTO: AFP)

einrichtungen mit 525 000 Schülern in Jordanien, Libanon, Syrien, im Westjordanland und in Gaza – darunter auch das Gaza Training Centre. Die UN-Organisation garantiert das Überleben des palästinensischen Schulsystems im permanenten Ausnahmezustand des Nahostkonflikts. Ohne das von Israel oft gescholtene UNRWA hätten Generationen von Mädchen und Jungen keine Chance auf Bildung gehabt.

Ein Ort der Zuflucht

Und das Hilfswerk bietet den Kindern einen Ort der Zuflucht in der Krisenregion – zum Beispiel die Mädchen-Schule in dem Flüchtlingslager Schufat in der Nähe von Jerusalem. Die Tür zu einem der

kargen Klassenräume öffnet sich, zwei Dutzend Mädchen strömen hinein. Geleitet sind sie in blau-weißen Schuluniformen, die älteren von ihnen tragen Kopftuch. Sie tuscheln. Sie lachen. Mit Eifer erzählen die Acht- bis 15-Jährigen von ihren beruflichen Träumen. Razan „will Fotografin werden“. Aya „möchte Menschen als Ärztin helfen“. Nihad stellt sich ihre „Zukunft als Übersetzerin“ vor. Und Rania hat den Plan, „Klienten als Anwältin beiseite zu stehen“.

Die harsche Realität holt die Schüler und ihre Lehrer immer wieder ein. In den vergangenen Jahren musste das mehrstöckige Gebäude mehrmals evakuiert werden. Israelische Sicherheitskräfte hätten in dem Flüchtlings-

lager Razzien gegen mögliche Extremisten durchgeführt, berichten die palästinensischen Lehrer. Dabei sei schon Tränengas eingesetzt worden, das dann in die Schule wehte.

„Sie“, die Israelis

„Sie verletzen unser Recht auf Bewegung“, sagt eine Schülerin. „Sie verletzen unser Recht auf Sicherheit“, sagt eine andere Schülerin. Und eine Dritte betont: „Sie verletzen unser Recht auf Frieden.“ Wenn die kleine Palästinenserinnen von „sie“ und von „ihnen“ sprechen, dann meinen sie die Israelis.

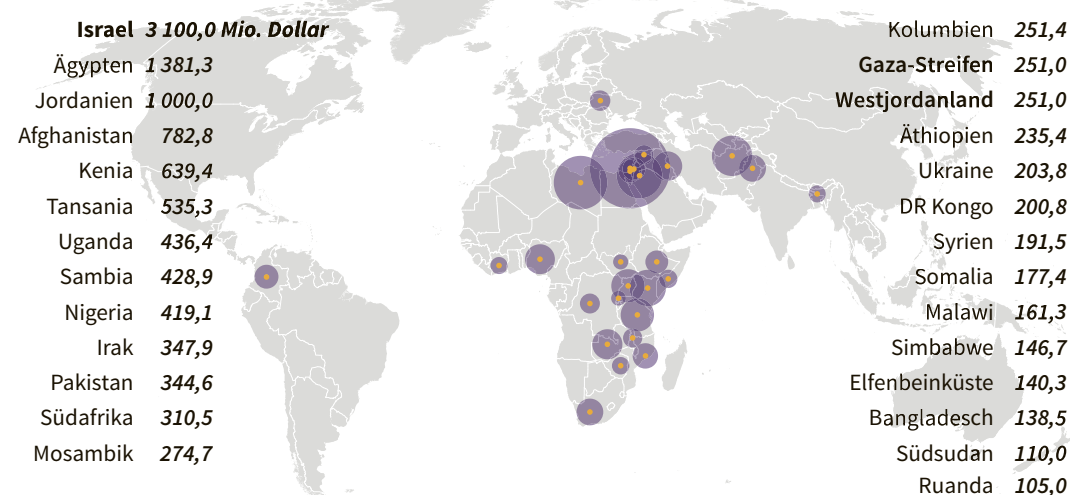
Und „sie“, die Israelis, betrachten die Schulen des UN-Hilfswerks mit gemischten Gefühlen.

Zwar müssen Vertreter der Regierung in Jerusalem einräumen, dass die Einrichtungen den Kindern im Gaza und in der Westbank prinzipiell eine gute Bildung angeeignet lassen. Aber in den Klassenzimmern werde mit Karten unterrichtet, auf denen der Staat Israel überhaupt nicht erscheine. Einige Lehrer predigten „Gewalt und Hass“.

Das UN-Hilfswerk weist die Vorwürfe regelmäßig zurück, der Unterricht erfolge gemäß dem Curriculum der palästinensischen Behörden. Mittendrin in dem Streit stehen die Kinder. Eine Schülerin in dem Klassenraum der Mädchenschule Schufat sagt nur: „Gott ist mit uns und Gott wird uns schützen.“

US-Finanzhilfe

Hauptempfänger der für 2018 geplanten Zahlungen



Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge (UNRWA)

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) schützt und versorgt mehr als fünf Millionen Kinder, Frauen und Männer, nach eigenen Angaben der internationalen Organisation. Die meisten von diesen Menschen sind die Nachkommen der männlichen Bewohner Palästinas, die das Gebiet im Jahr 1948 verlassen mussten. Heute leben die palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon, in Syrien, dem Westjordanland und im Gaza-Streifen. Seit 2014 leitet der Schweizer Pierre Krähenbühl als Generalkommissar das UNRWA. Das 1949 von der UN-Vollversammlung gegründete Hilfswerk betreibt Schulen und Krankenhäuser, es bietet pädagogische Hilfe für Familien, hilft

beim Aufbau von kleinen Unternehmen und organisiert die Müllabfuhr. Das UNRWA beschäftigt rund 30 000 Mitarbeiter, die meisten sind selbst Palästinenser. Das UNRWA-Budget belief sich 2016 auf mehr als 1,2 Milliarden US-Dollar. Es handelt sich zum großen Teil um freiwillige Beiträge von Regierungen. Die USA überwies 2016 als größter Geber 368 Millionen Dollar, dann folgten die EU (160 Millionen US-Dollar), Saudi Arabien (148 Millionen US-Dollar) und Deutschland (74 Millionen US-Dollar). Das Hilfswerk muss sich immer wieder Kritik gefallen lassen. Schärfstes Argument der Kritiker: Die Organisation belasse die Palästinenser in einer Situation der Abhängigkeit, und sie sei anfällig für Korruption. jdh

Quelle: foreingnassistance.gov